

KKO: Gläubigerausschuss stimmt Restrukturierungsplan zu

- **Räumliche Verdichtung des KKO für höhere Patientenzufriedenheit und bessere Wirtschaftlichkeit**
- **Fachabteilungen aus St. Josef werden auf andere Standorte verlegt**
- **Personalabbau wo möglich über Fluktuation und Auslaufen von befristeten Verträgen**

Oberhausen (15.08.2019). Anfang Juli hatte das Katholische Klinikum Oberhausen (KKO) einen Antrag auf ein Eigenverwaltungs-Verfahren gestellt und angekündigt, bis Ende August einen Restrukturierungsplan vorzulegen. Gestern hat das Team um die Eigenverwaltung – früher als avisiert – dem Gläubigerausschuss den Restrukturierungsplan vorgestellt. Der Ausschuss hat dem vorgestellten Plan zugestimmt. Heute haben Geschäftsführer Christian Eckert und Generalbevollmächtigter Dr. Christoph Niering den Beschäftigten des KKO das Zukunftskonzept präsentiert. „Wir haben mit hoher Geschwindigkeit und großer Ernsthaftigkeit alle Daten und Fakten ausgewertet. Wie erwartet sehen wir großes Potenzial für das KKO“, betont Geschäftsführer Christian Eckert.

Bestätigt hat sich in den Wochen der Auswertung insbesondere ein Fakt: Das KKO muss die Infrastruktur komprimieren, um das für 2019 erwartete Defizit von acht Millionen Euro künftig vermeiden zu können. Dazu müssen die medizinischen und pflegerischen Leistungen von drei Standorten räumlich verdichtet werden, auch, um im Sinne der Patientinnen und Patienten mehr Synergiepotenziale zwischen einzelnen Fachabteilungen nutzen zu können. Jeder der drei Krankenhausstandorte wurde vor diesem Hintergrund analysiert und bewertet.

Investitionsbedarfe stehen besonders im Fokus

Insbesondere die Investitionsbedarfe stehen für die Eigenverwaltung bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung im Vordergrund. Allein der Standort St. Josef weist einen Investitionsstau im mittleren zweistelligen Millionenbereich auf. „In Anbetracht des aktuellen Defizits ist das ein Volumen, das wir uns schlicht nicht leisten können“, so Eckert. Deshalb hat das Restrukturierungsteam gestern dem Gläubigerausschuss vorgeschlagen, den Krankenhausstandort St. Josef zu schließen.

Es wird nun gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort vorbereitet, die Abteilungen, die am Krankenhaus St. Josef beheimatet sind, möglichst rasch an die beiden anderen Standorte zu verlegen. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Patientenversorgung vor Ort in uneingeschränktem Umfang weiter. Im Ergebnis soll die Psychiatrie an den Standort St. Marien ziehen, die Neurologie und übrigen somatischen Bereiche an den Standort St. Clemens. „Die dafür erforderlichen konzeptionellen und infrastrukturellen Maßnahmen werden nun mit Hochdruck angegangen und sollen bis Ende des Jahres umgesetzt sein. Wir sind überzeugt, dass die Zweihäusigkeit die medizinisch und wirtschaftlich sinnvollste Option für das KKO ist“, so Eckert.

KKO mit hoher Attraktivität für potenzielle Partner

Neben den strukturellen Veränderungen muss das KKO auch Personalanpassungen vornehmen, um zukunftsfähig zu sein. Der Abbau von voraussichtlich rund 240 Arbeitsplätzen wird vorbehaltlich der Verhandlungen mit Betriebsrat und Mitarbeitervertretung geschehen und – wo möglich – über auslaufende Verträge oder natürliche Fluktuation erfolgen. „Für die anstehenden Veränderungen brauchen wir zwingend die Unterstützung der Landesregierung und der Sozialversicherungsträger“, betonte Generalbevollmächtigter Dr. Christoph Niering. Jetzt werde sich zeigen, ob Politik und Kassen den politisch gewollten Konzentrationsprozess auch im konkreten Fall aktiv und zeitnah unterstützen, so Niering weiter.

„Wir sehen die zum Teil schmerzhaften Einschnitte, die wir vornehmen müssen. Aber wir sind uns sicher, mit diesem Weg dem Katholischen Klinikum Oberhausen die beste Zukunftsoption bieten zu können“, skizzierte Niering das weitere Vorgehen. „Die anstehenden Herausforderungen und insbesondere die Höhe der Investitionssumme machen es aus heutiger Sicht notwendig, hierfür auch einen neuen Partner zu finden,“ so Niering. Aus diesem Grunde wurde auch die Suche nach einem Partner intensiviert. Bisher haben schon mehr als 20 kirchliche und nichtkirchliche Träger ihr Interesse bekundet. Mit diesen werden in den kommenden Wochen Gespräche geführt.

Pressekontakt

Simone Hoffmann

Strategische Kommunikationsberatung
im Gesundheitswesen
sh@hoffmannkommunikation.de
m 01 70 – 45 88 147